

13. Oktober 2015

Extractive Industries Transparency Initiative, EITI
Vorstandsmitglieder / members of the board
c/o EITI International Secretariat
Ruselokkveien 26
0251 Oslo
NORWEGEN

E-Mail: secretariat@eiti.org

An den Vorstand und das Sekretariat,

BETR.: Klimawandel und die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Mit diesem Schreiben wollen wir, die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, auf bestimmte Unzulänglichkeiten bei den Grundsätzen, Standards und Verfahren der EITI aufmerksam machen. Es geht uns darum, dass die Auswirkungen des Klimawandels und die sich daraus ergebenden notwendigen rechtlichen und politischen Reformen sowie die damit einhergehenden Risiken für die Industriefossiler Brennstoffe in den EITI-Standards überhaupt keine Berücksichtigung finden.

Der dringende Bedarf, dem Klimawandel entgegenzuwirken, hat weitreichende Auswirkungen auf die nationale und internationale Politik in aller Welt. In nicht allzu ferner Zukunft werden diese Veränderungen in Gesetzgebungen zur rohstoffgewinnenden Industrie einfließen. In letzter Zeit waren von großen Emittenten wie den USA und China historische Verlautbarungen zu vernehmen¹, ihre Emissionen reduzieren zu wollen, und im Juni 2015 verkündeten die G7-Staat die Absicht, ihrer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ein Ende zu bereiten und ihre Volkswirtschaften zu dekarbonisieren.²

Um sicherzustellen, dass die Welt innerhalb der sicheren Grenzen einer Erderwärmung von 1,5 oder 2°C über dem vorindustriellen Niveau bleibt, sind große Reformen erforderlich. In einer Welt, die sich auf die Einhaltung der 1,5-2°C-Obergrenze verpflichtet, reduziert sich das verbleibende Kohlestoffbudget erheblich, so dass viele Abbauvorhaben fossiler Energieträger eingestellt werden müssen. Daher ist es für die Bürger/innen, die von ihren Regierungen und Rohstoffunternehmen Rechenschaft fordern, von wesentlichem Interesse, ob der Abbau unter den neuen Voraussetzungen fortgesetzt werden darf oder nicht. Deshalb fordern wir von der EITI, neben den anderen in diesem Schreiben vorgebrachten Anliegen, dass sie ihre Standards verändert, um sicherzustellen, dass Unternehmen, die fossile Brennstoffe abbauen, offenlegen, ob ihre Abbauvorhaben in einer dem 1,5-2°C-Ziel verpflichteten Welt weitergeführt werden können oder nicht.

In diesem Schreiben schließt die Definition von „Klimarisiko“ die folgenden Gefahren mit ein:

1. *Die Gefahr der Kohlestoffblase*³ (*Carbon Bubble Risk*): das Risiko einer abnehmenden Nachfrage nach und sinkenden Preisen von fossilen Brennstoffen sowie die Auswirkungen auf Cashflows, Gewinnspannen und Kapitalrenditen, die darauf zurückzuführen sind, dass nur noch ein Fünftel bis ein Drittel der vorhandenen

¹ <http://www.theguardian.com/environment/2014/nov/12/china-and-us-make-carbon-pledge>;

² <http://www.project-syndicate.org/commentary/g7-summit-germany-zero-emissions-by-jeffrey-d-sachs-2015-06>;

³ <http://www.telegraph.co.uk/finance/economics/11563768/G20-to-probe-carbon-bubble-risk-to-global-financial-system.html>;

Reserven und Vorkommen fossiler Brennstoffe genutzt werden dürfen,⁴ um die sichere Grenze der Erderwärmung nicht zu überschreiten.

2. *Die Gefahr durch Gesetze und politische Maßnahmen (la wand policy risk)*: das Risiko, das mit einer steigenden Zahl an neuen Gesetzen und politischen Maßnahmen für globale Emissionsreduzierungen einhergeht, die zur Beschränkung der Erderwärmung auf ein sicheres Maß notwendig sind. Zu diesen Gesetzen und Maßnahmen gehören die Abschaffung von Subventionen⁵, Förderung von erneuerbaren Energien⁶ und Energieeffizienz, Ausstieg aus staatlichen Investitionen in Kraftwerke mit hohem CO₂-Ausstoß im Zuge der Dekarbonisierung sowie Gesetze und politische Maßnahmen zur Finanzierung und Unterstützung der Einführung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz rund um den Globus.
3. *Das Prozessrisiko (litigation risk)*: die Gefahr, die sich aus einer höheren Wahrscheinlichkeit von Klagen gegen Unternehmen⁷ und Staaten⁸ ergibt, die fossile Brennstoffe abbauen – Klagen im Zusammenhang mit Entschädigungen für Schäden und Verluste durch den Klimawandel, mit Verstößen gegen internationale Menschenrechtsverpflichtungen⁹, mit Unternehmensverantwortung, mit irreführendem und täuschendem Verhalten, mit Missachtung treuhänderischer Pflichten (fiduciary duty)¹⁰ sowie mit Betrug und Korruption.
4. *Das Lösungsrisiko (solution risk)*: die Gefahr, die mit dem Aufkommen eines stärkeren Wettbewerbs auf dem Markt erneuerbarer Energien einhergeht, darunter die sinkenden Kosten von Photovoltaik,¹¹ Batteriespeicherung¹² und Elektrofahrzeugen sowie staatlichen Gesetzen und politischen Maßnahmen zur Finanzierung und Unterstützung der Einführung neuer Energien weltweit.
5. *Das Finanzrisiko (financial risk)*: die mit dem Risiko der Kohlenstoffblase einhergehende Gefahr und ihre Auswirkungen auf die Preisgestaltung¹³, wie es schon am kürzlich erlebten Fall der Ölpreise zu sehen ist, die zu geringeren Investitionen führen und einen Dominoeffekt auf Rohstoffpreise haben.

Die EITI will ein globaler Standard sein, mit dem eine transparente und rechenschaftspflichtige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcengefördert und mit dem angestrebt wird, Regierungs- und Unternehmenssysteme zu stärken, Informationen für die öffentliche Debatte zu liefern und das Vertrauen zu erhöhen. Unserer Ansicht nach enthält das gegenwärtige Rahmenwerk einige Unzulänglichkeiten und sollte nachgebessert werden, um zu gewährleisten, dass die Initiative die rechtlichen und wirtschaftlichen Realitäten des Klimawandels widerspiegelt, um in einer sich rasch wandelnden Umwelt relevant zu bleiben.

⁴ <http://www.carbontracker.org/report/wasted-capital-and-stranded-assets/>;

⁵ Die Welthandelsorganisation WTO definiert eine Subvention als 'any financial contribution by a government, or agent of a government, that is recipient-specific and confers a benefit on its recipients in comparison to other market participants' (WTO, ASCM, 1994)

⁶ http://unfccc.int/files/bodies/awg/application/pdf/technical_summary_on_tem_on_re_for_webposting.pdf;

⁷ <http://thinkprogress.org/climate/2015/06/10/3667580/south-pacific-climate-change-lawsuit/>;

⁸ <http://www.theguardian.com/environment/2015/jun/24/hague-climate-change-judgement-could-inspire-a-global-civil-movement>;

⁹ <http://www.theguardian.com/environment/2012/apr/24/climate-change-human-rights-issue>;

¹⁰ https://www.responsible-investor.com/home/article/pf_cc/;

¹¹

http://www.theecologist.org/blogs_and_comments/commentators/2967633/the_7_trillion_solar_tsunami_in_our_midst.html;

¹² <http://www.energydigital.com/utilities/3900/Tesla-batteries:-the-beginning-of-how-technology-will-transform-the-electric-grid>;

¹³ <http://www.reuters.com/article/2015/07/31/us-usa-oil-results-idUSKCN0Q51Y520150731>

Wir sind uns bewusst, dass die Rohstoffgewinnung unter gewissen Bedingungen zu Wirtschaftswachstum und sozialer Entwicklung führt. Aufgrund der zunehmenden Folgen des Klimawandels wird die vernünftige Bewirtschaftung der fossilen Brennstoffressourcen eines Landes jedoch immer wichtiger und sollte auf den Prüfstand gebracht werden. Daher ist eine wesentlich höhere Transparenz in diesem Sektor dringend erforderlich, einschließlich des Augenmerks auf Subventionen, um zu einer politischen Entwicklung beizutragen, die einen Ausstieg aus der Energieerzeugung mit Kohle, Öl und Gas vorsieht und sich in ihrem zeitlichen Ablauf an wissenschaftliche Vorgaben hält. Unserer Meinung nach muss zusätzlich zu der derzeit von der EITI geforderten Offenlegung der Steuerzahlungen, Lizenzen, Verträge, Produktion und anderer Schlüsselemente rund um die Rohstoffförderung auch die Offenlegung hinsichtlich des „Klimarisikos“ als Anforderung enthalten sein. Ohne die Offenlegung derartig entscheidender Informationen erhöht sich das Risiko von Misstrauen, schwacher Regierungsführung und möglicherweise auch von Konflikten.

Vor diesem Hintergrund ging erst kürzlich, am 22. Juni 2015, ein Brief an das britische Financial Reporting Council Conduct Committee¹⁴, der von Client Earth, einer Londoner Anwaltsfirma, zusammen mit der Carbon Tracker Initiative, dem Carbon Disclosure Project und dem Climate Disclosure Standards Board verfasst wurde. In diesem Schreiben beschwerten sich die genannten Organisationen, dass viele Unternehmen im Öl-, Gas- und Kohlektor derzeit der Anforderung der Berichtspflicht nicht ausreichend nachkommen, weil sie keine Angaben über „Klimarisiken“ machen (ANNEX 1).

Wir erkennen an, dass die EITI sich der Notwendigkeit bewusst ist, die Transparenz bei der Governance von Rohstoffen weiterzuentwickeln und zu verbessern, und wir sprechen die folgenden Empfehlungen aus, um zur Weiterentwicklung dieser nützlichen Initiative beizutragen.

Bevor wir zum Wesentlichen dieses Antrags kommen, möchten wir noch darum bitten, dass dieses Schreiben zum Zwecke der Transparenz an alle Vorstandsmitglieder weitergeleitet und auf der Webseite der EITI veröffentlicht wird.

Die EITI-Grundsätze

Zu den EITI-Grundsätze, insbesondere den Grundsätzen 1, 3, 4 und 9, möchten wir folgende Anmerkungen machen:

In Grundsatz 1 heißt es, dass die umsichtige Nutzung der natürlichen Ressourcen ein wichtiger Antrieb für nachhaltiges Wirtschaftswachstum sein sollte, das zur nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung beiträgt. Die anstehenden Maßnahmen gegen den Klimawandel werden erhebliche Auswirkungen auf diese Nutzung haben. Die Folgen für die Entwicklung eines ressourcenreichen Landes sind schwerlich zu überschätzen, wenn es darum geht, ob ein Abbauvorhaben unter den eingeschränkten wirtschaftlichen Bedingungen im Rahmen des 1,5- bzw. 2-Grad-Zieles fortgesetzt werden kann oder nicht. Diese Frage ist von weitreichender Bedeutung für die Bürger/innen dieser Länder. Wenn hier keine erweiterte Transparenzanforderung in das EITI-Rahmenwerk aufgenommen wird, besteht die große Gefahr, dass die Ressourcen nicht angemessen verwaltet werden, wodurch sich das Risiko negativer wirtschaftlicher und sozialer Auswirkungen erhöht.

Zu Grundsatz 3: Wir stimmen zu, dass sich der Nutzen der Rohstoffgewinnung über viele Jahre in Form von Einnahmenströmen darstellt und stark preisabhängig sein kann. Lässt man jedoch die Auswirkungen im Zusammenhang mit dem „Klimarisiko“ auf die

¹⁴ <http://documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2015-06-24-en-coll-dcooke-letter-with-carbon-tracker-to-financial-reporting-council.pdf>;

möglicherweise anvisierte Ressourcenförderung außer Acht, wird das zu weiteren ernsthaften Preisschwankungen bei fossilen Brennstoffen und damit zu erheblichen Risiken für rohstoffgewinnende Unternehmen und ihre Investoren führen. Diese Gefahr betrifft auch die Gesellschaften in Verbraucherländern, denen es derzeit an glaubwürdigen Beweisen für Produktionsrisiken im Zusammenhang mit dem 1,5-2°C-Ziel fehlt. Beispielsweise ist eine Informationstransparenz über die Erkenntnis, ob ein Abbauvorhaben weitergeführt werden kann oder nicht – also ob es unter den neuen Bedingungen über seine Lebensdauer hinaus wirtschaftlich tragfähig wäre oder nicht – absolut entscheidend, um ein echtes Verfahren für Free Prior and Informed Consent (FPIC) zu ermöglichen.

Zu Grundsatz 4: *[D]as Verständnis der Öffentlichkeit für Staatseinnahmen und -ausgaben im Laufe der Zeit, insbesondere hinsichtlich der Bereitstellung von Subventionen an die fossile Brennstoffindustrie, [kann] die öffentliche Debatte fördern und eine fundierte Wahl angemessener und realistischer Optionen zur nachhaltigen Entwicklung ermöglichen.* In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass in verschiedenen internationalen Prozessen derzeit Möglichkeiten zum Abbau fossiler Subventionen diskutiert werden. Eine Transparenz in Bezug auf Subventionen, die für einzelne Abbauvorhaben gezahlt werden, wäre sehr wichtig, um alle Beteiligten über die wirtschaftliche Tragfähigkeit dieser Vorhaben in einer Welt zu informieren, in der Kohlenstoffemissionen begrenzt sind.

Zu Grundsatz 9: Die Verpflichtung, *ein hohes Niveau an Transparenz und Rechenschaftspflicht im öffentlichen Leben, in den Regierungsabläufen und im Geschäftsleben zu fördern*, sollte die in diesem Antrag unterbreiteten Vorschläge unterstützen.

Wir stellen fest, dass die aktuellen EITI-Grundsätze in keiner Weise auf das Problem des Klimawandels eingehen. Angesichts der Tatsache, dass die Gewinnung fossiler Brennstoffe innerhalb des Rohstoffsektors eine sehr spezielle Sonderstellung einnimmt und dass die Industrie fossiler Brennstoffe derzeit Maßnahmen ergreift, die das Überleben der gesamten Menschheit auf der Erde gefährdet, wollen wir vorschlagen, dass die EITI folgenden neuen Grundsatz verabschiedet, der explizit für die Industrie fossiler Brennstoffe gilt:

Wir realisieren die Einzigartigkeit des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf die Gewinnung fossiler Brennstoffe sowie den dringenden Bedarf, in diesem Sektor, dem größten Bereich der rohstoffgewinnenden Industrien, die Transparenz zu erhöhen. Wir sind uns bewusst, dass es in den nächsten Jahren zu wesentlichen rechtlichen und politischen Reformen kommen wird, wie der Abschaffung von Subventionen, der Einführung von Steuern und anderer Abgaben, sowie zu Folgen auf Einnahmen und Ausgaben, die darauf zurückzuführen sind, dass Vorkommen nicht gefördert werden dürfen, und davon abhängen, ob eine Genehmigung für die weitere Förderung erteilt und genutzt wird oder nicht. Eine höhere Transparenz in diesen Angelegenheiten ist wichtig für eine auf Information beruhende öffentliche Debatte und für eine Entscheidung über geeignete und realistische Optionen für eine nachhaltige Entwicklung, einschließlich eines Entscheidungsprozesses über ein Ja oder Nein zur Rohstoffgewinnung.

Kandidatenländer

Da EITI-Kandidatenländer die Anforderung 1 erfüllen müssen, halten wir es für nötig, dass im EITI-Standard hier mehrere Veränderungen vorgenommen werden – zum einen hinsichtlich der Art und Weise, in der zivilgesellschaftliche Gruppierungen miteinbezogen werden, damit innerhalb der Multi-Stakeholder-Gruppe bestimmtes Fachwissen gegeben ist, und zum anderen um sicherzustellen, dass bestimmte Fragen im Zusammenhang mit dem „Klimarisiko“ Berücksichtigung finden, bevor ein Land als EITI-konform anerkannt wird.

Anforderung 1 – eine effektive Aufsicht durch die Multi-Stakeholder-Gruppe

In Absatz 1.3 des Standards heißt es:

Die Regierung muss sich verpflichten, mit der Zivilgesellschaft und Unternehmen zusammenzuarbeiten und eine Multi-Stakeholder-Gruppe einzusetzen, die die Umsetzung der EITI überwacht.

Unterabsatz (a) lautet:

Die Regierung, Unternehmen und die Zivilgesellschaft müssen umfassend, aktiv und effektiv in den EITI-Prozess einbezogen sein.

Unterabsatz (d) lautet:

Die Regierung muss sich jeglicher Handlungen enthalten, die zu einer Einengung oder Begrenzung der öffentlichen Debatte in Bezug auf die Umsetzung der EITI führen.

Unterabsatz (f) lautet:

Bei der Einsetzung der Multi-Stakeholder-Gruppe muss die Regierung:
i. sicherstellen, dass die Einladung zur Teilnahme an der Gruppe offen und transparent ist;

Unterabsatz (g) lautet:

Die Multi-Stakeholder-Gruppe muss eine eindeutige öffentliche Aufgabenstellung (Terms of Reference) für ihre Arbeit vereinbaren.

In Bezug auf Absatz 1.3 stellen wir folgenden Antrag:

1. Die Standards sollten dahingehend weiterentwickelt und verbessert werden, dass die Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Gruppen mit Fachwissen zu relevanten Themen im Zusammenhang mit dem Klimawandel gewährleistet ist, beispielsweise in Bereichen wie Klimarisiko, Klimagesetzgebung und Klimawissenschaft.
2. Die Multi-Stakeholder-Gruppe sollte die Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Gruppierungen weiter ausbauen¹⁵, darunter auch zu solchen mit Fachkenntnissen in den Bereichen Klimarisiko, Klimagesetzgebung und Klimawissenschaft, sowie zu lokalen Gemeinden und indigenen Bevölkerungsgruppen, die in unmittelbarer Nähe von Standorten der rohstoffgewinnenden Industrie leben, und bei diesen Gemeinschaften zum Kapazitätsaufbau beitragen.
3. Die Aufgabenstellung für die Multi-Stakeholder-Gruppe sollte auch Aspekte im Zusammenhang mit Klimarisiko, Klimagesetzgebung und Klimawissenschaft beinhalten.

Absatz 1.4 des Standards lautet:

¹⁵ Gemäß Anforderung 1.3(g)(ii)

Die Multi-Stakeholder-Gruppe muss einen aktuellen Arbeitsplan führen, der vollständig durchkalkuliert und mit den vom EITI-Vorstand festgelegten Berichterstattungs- und Validierungsfristen abgestimmt ist. Zum Arbeitsplan heißt es weiter:

[Die] Multi-Stakeholder-Gruppen sind aufgefordert, innovative Ansätze zur Ausweitung der Umsetzung der EITI zu sondieren, um die Vollständigkeit der EITI-Berichterstattung und das öffentliche Verständnis für Einnahmen zu steigern und hohe Standards an Transparenz und Rechenschaftspflicht im öffentlichen Leben, in der Regierungstätigkeit und im Geschäftsleben zu fördern;

In Unterabsatz (f) wird gefordert:

Bei der Überprüfung des Arbeitsplans sollte die Multi-Stakeholder-Gruppe eine Erweiterung des Detaillierungsgrads und des Umfangs der EITI-Berichterstattung prüfen [...].

In Bezug auf Absatz 1.4 beantragen wir, dass in Bezug auf die Entwicklung *innovativer Ansätze zur Ausweitung der Umsetzung der EITI* und die *hohen Standards an Transparenz* sowie in Bezug auf die *Erweiterung des Detaillierungsgrads und des Umfangs der EITI-Berichterstattung* unsere Vorschläge berücksichtigt werden, dass die EITI Bestimmungen in ihr Rahmenwerk und ihre Standards aufnehmen sollte, mit denen sichergestellt wird, dass auch Aspekte des Klimawandels berücksichtigt werden, insbesondere im Hinblick auf Klimarisiko, Klimagesetzgebung und Klimawissenschaft.

EITI-konforme Länder

Wir halten nicht nur die Aufnahme von Aspekten des Klimawandels in das EITI-Rahmenwerk im Zusammenhang mit Kandidatenländern für wichtig, sondern schlagen weiterhin vor, dass auch die Standards für EITI-konforme Länder in dieser Hinsicht überarbeitet werden.

In Anforderung 3 des Standards ist festgelegt, welche Kontextinformationen zu den rohstoffgewinnenden Industrien in den EITI-Berichten enthalten sein sollten.

In Absatz 3.2 des Standards heißt es:

Der EITI-Bericht muss den Rechtsrahmen und das Steuersystem beschreiben, die für die rohstoffgewinnenden Industrien gelten.

- a) Diese Informationen müssen eine zusammenfassende Beschreibung des Steuersystems einschließlich des Grades an steuerlicher Dezentralisierung, eines Überblicks über die maßgeblichen Gesetze und Verordnungen sowie Informationen zu der Rolle und den Zuständigkeiten der zuständigen Regierungsstellen beinhalten.*
- b) Wenn die Regierung Reformen durchführt, wird die Multi-Stakeholder-Gruppe ermutigt sicherzustellen, dass diese im EITI-Bericht dokumentiert werden.*

Zum Klimarisiko gehört auch die Gefahr, die mit einer steigenden Zahl an neuen Gesetzen und politischen Maßnahmen für globale Emissionsreduzierungen einhergeht, die zur Beschränkung der Erderwärmung auf ein sicheres Maß notwendig sind. Zu diesen Gesetzen und Maßnahmen gehören die Abschaffung von Subventionen, der Ausstieg aus staatlichen Investitionen in Kraftwerke mit hohem CO₂-Ausstoß sowie Gesetze und politische Maßnahmen zur Finanzierung und Unterstützung der Einführung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz rund um den Globus.

Nach der Klimakonferenz von Paris (UNFCCC COP21) ist mit weiteren Entwicklungen und Gesetzesreformen sowie einem neuen rechtskräftigen Klimaabkommen zu rechnen. Die von vielen Ländern bekanntgegebenen „angestrebten nationalen Beiträge“ zur Emissionsreduzierung (Intended Nationally Determined Contributions, INDCs) sind erste Anzeichen dafür, „wohin die Reise geht“. Diese Beiträge, mit denen die Vertragsstaaten der UN-Klimakonvention ihre Bemühungen zur Abschwächung des und Anpassung an den Klimawandel deutlich machen, werden sich fortsetzen.

Die EITI-Berichte sollten Gesetze in Bezug zum Klimarisiko, zur Klimagesetzgebung sowie politische Maßnahmen und Reformen im Zusammenhang mit der Abschwächung des und Anpassung an den Klimawandel enthalten, wie sie auf der jeweiligen nationalen, regionalen oder internationalen Ebene eingeführt wurden und relevant sind.

Absatz 3.6 legt fest:

Wenn die staatliche Beteiligung an den rohstoffgewinnenden Industrien zu wesentlichen Einnahmen führt, muss der EITI-Bericht Folgendes beinhalten:

.....

- b) *Angaben des (der) SOE(s) zu ihren steuerähnlichen Ausgaben wie zum Beispiel Zahlungen für Sozialleistungen, öffentliche Infrastruktur, Brennstoffsubventionen und den nationalen Schuldendienst.*

Der EITI-Vorstand sollte sich bewusst sein, dass verschiedene internationale Foren sich derzeit für die Abschaffung von Subventionen aussprechen. Die Auswirkung der Abschaffung von Subventionen auf die Industrie, auf Investitionen und auf die Rohstoffe sollte als wichtiger Aspekt in die Berichterstattung und Prüfung der Erfüllung (compliance) einfließen.

In Bezug auf die „wesentlichen Zahlungen“ (material payments) stellt sich die Frage, wie „wesentlich“ zu definieren ist. Laut Oxford Dictionary zeichnet sich Wesentlichkeit durch „Relevanz und Signifikanz“ aus.¹⁶ Wir fordern, dass Wesentlichkeit nicht nur im Zusammenhang mit Wert oder der Höhe eines gezahlten Betrags als relevant und signifikant eingestuft wird, sondern auch in Bezug auf die Aktivität, für die diese Zahlung geleistet wird, und vor allem in Bezug darauf, ob diese Aktivität tatsächlich stattfindet oder nicht. Beispielsweise werden politische Maßnahmen zur Sicherstellung des 1,5-2°C-Ziels Umstände erzeugen, die für das öffentliche Interesse sehr wesentlich sind. Dabei ist es wahrscheinlich, dass die Erschließungen neuer fossiler Brennstoffe vielleicht nicht ganz, aber doch weitgehend ausgeschlossen ist, um den begrenzten Kohlenstoffhaushalt nicht zu überschreiten.

Absatz 3.8 lautet:

Die Multi-Stakeholder-Gruppe wird ermutigt, weitere Informationen zur Bewirtschaftung von Einnahmen und zu Ausgaben in den EITI-Bericht aufzunehmen, einschließlich:

.....

- c) *rechtzeitiger Informationen der Regierung, die das Verständnis der Öffentlichkeit und die öffentliche Debatte zu Fragen der Nachhaltigkeit von Einnahmen und der Abhängigkeit von den rohstoffgewinnenden Industrien fördern. Dazu können*

¹⁶ <http://www.oxforddictionaries.com/definition/english/materiality>

Annahmen für die kommenden Jahre im Haushaltszyklus gehören, die sich auf die geplante Produktion, Rohstoffpreise und Ertragsprognosen der rohstoffgewinnenden Industrien und den Anteil zukünftiger Steuereinnahmen, die aus dem rohstoffgewinnenden Sektor erwartet werden, beziehen.

Unserer Auffassung nach unterstützt diese Regelung des Standards deutlich die von uns unterbreiteten Vorschläge, dass das „Klimarisiko“ ein relevanter Aspekt ist, der in die EITI-Berichterstattung aufgenommen werden sollte.

Absatz 3.11 des Standards bezieht sich auf wirtschaftliches Eigentum (beneficial ownership) und lautet:

- a) *Es wird empfohlen, dass implementierende Länder ein öffentlich verfügbares Register der wirtschaftlichen Eigentümer der juristischen Person(en) führen, die für Rohstoffvorkommen bietet (bieten), diese ausbeutet (ausbeuten) oder darin investiert (investieren), einschließlich der persönlichen Angaben zu den wirtschaftlichen Eigentümern und der Beteiligungsquote. Wenn diese Informationen bereits öffentlich verfügbar sind, zum Beispiel durch Registrierung bei Regulierungsbehörden für Unternehmen und Wertpapierbörsen, sollte der EITI-Bericht Anleitungen enthalten, wie auf diese Informationen zugegriffen werden kann.*

Wir bitten den Vorstand dringend darum, aus der „Empfehlung“, ein öffentlich verfügbares Register der wirtschaftlichen Eigentümer zu führen, eine „Anforderung“ zu machen. Angesichts des Ausmaßes an Korruption, das in vielen Ländern im rohstoffgewinnenden Sektor zu finden ist, versteht es sich von selbst, dass die rechtmäßigen Akteure Informationen offenlegen sollten, wer die jeweiligen Eigentümer sind, und darüber hinaus natürlich auch, dass rechtmäßige Unternehmen keinerlei Probleme damit haben sollten, zu dieser Offenlegung verpflichtet zu sein.

Anforderung 4: *Die EITI schreibt die Erstellung umfassender EITI-Berichte vor, die eine vollständige Offenlegung der Staatseinnahmen aus der rohstoffgewinnenden Industrie sowie eine Offenlegung aller wesentlichen Zahlungen von Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen an die Regierung beinhalten.*

In Absatz 4.1(b) ist festgelegt, welche Einnahmeströme in die Berichte aufzunehmen sind. Hier würden wir beantragen, dass Angaben zu den folgenden Einnahmeströmen ebenfalls in die vom Standard geforderte Berichterstattung einfließen sollten:

- Steuern (oder Abgaben) auf Emissionen oder Rohstoffgewinnung sowie Abgaben auf Emissionen im Transportsektor (bunker fuels).
- Rückzahlung erhaltener Mittel aus der Klimafinanzierung, beispielsweise aus dem Green Climate Fund.

Schlussbemerkung/Empfehlungen

Im Hinblick auf obige Ausführungen sind wir der Meinung, dass die EITI ein wichtiges potenziell globales Forum darstellt, auf dem umfassende Informationen zur Verfügung gestellt werden können, um sicherzustellen, dass Regierungen und ihre Bürger/innen in der Lage sind, fundierte Entscheidungen zu treffen, ob sie in einer Welt mit immer eingeschränkteren Kohlenstoffemissionen bestimmte Abbauvorhaben weiterführen wollen oder nicht. Das sind Fragen von weitreichendem öffentlichem Interesse. Sie offenbaren auch einige der wichtigsten Risikofaktoren, auf die die Industrie und ihre Investoren sofort ihr Augenmerk richten sollten. Eine solche Offenlegung von Informationen könnte auch eine wertvolle Datenbasis in Bezug auf die Gefahr von Versorgungsengpässen für Verbraucherländer und ihre Bürger/innen sein. Für die Versorgung ist das Management der

notwendigerweise schnellauslaufenden Nutzung fossiler Brennstoffe von entscheidender Bedeutung.

Zusammenfassend möchten wir die folgenden Empfehlungen aussprechen:

1. Die Erarbeitung neuer Grundsätze der EITI, die sich auf die vor dem Hintergrund des Klimawandels besondere und einmalige Lage des Sektors fossiler Brennstoffe innerhalb der weitergefassten rohstoffgewinnenden Industrie konzentrieren.
2. Eine Erweiterung des Standards in Bezug auf die Art und Weise, in der zivilgesellschaftliche Gruppen eingebunden werden, um sicherzustellen, dass innerhalb der Multi-Stakeholder-Gruppen bestimmte Fachkenntnisse vorliegen, sowie die Gewährleistung, dass wichtige Fragen im Zusammenhang mit dem „Klimarisiko“ in Erwägung gezogen werden, bevor ein Land als EITI-konformes Land anerkannt wird.
3. Eine Reform der Kontextinformationen, die in den EITI-Berichten enthalten sein müssen, um insbesondere sicherzustellen, dass folgende Sachverhalte offengelegt werden:
 - a. Beschreibungen des Rechtsrahmens und des Steuersystems, die für die rohstoffgewinnenden Industrien maßgeblich sind, einschließlich relevanter Gesetze, Bestimmungen und Reformen im Zusammenhang mit dem Klimawandel.
 - b. Ob ein Abbauvorhaben angesichts der zu erwartenden Kohlenstoffemissionsbegrenzungen, die eingeführt werden, um die globale Erwärmung auf 1,5 oder 2°C zu halten, über seine erwartete Lebensdauer hinaus wirtschaftlich tragfähig sein wird oder nicht. Die Offenlegung sollte eine zusammenfassende wirtschaftliche Erklärung über die Grundlage der Tragfähigkeit eines Abbauvorhabens enthalten. Diese Zusammenfassung sollte auch die Offenlegung von Subventionen und Steuerbegünstigungen beinhalten.
4. Veränderungen der Standards im Hinblick darauf, dass die Einnahmeströme auch Steuern (oder Abgaben) auf Emissionen oder Rohstoffgewinnung und Abgaben auf Emissionen im Transportsektor (bunker fuels) enthalten sowie Rückzahlung erhaltener Mittel aus der Klimafinanzierung berücksichtigen.

Dieser Brief wird von folgenden Organisationen und Netzwerken unterstützt:

350.org
Abibimman Foundation
Asia Indigenous Peoples Pact
Association Actions Vitales Pour Le Développement durable
Ateneo School of Government
Carbon Market Watch
Center for Indigenous Peoples Research and Development
Center for International Environmental Law
Centro Mexicano de Derecho Ambiental
Change Partnership
Climate Action Network (CAN) International
Climate Justice Programme
EcoEquity

EKOenergy
Federation of Community Forestry Users Nepal
Forests of the World
Friends of the Earth Europe
Greater Access Reconstruction and Justice Action Network Nepal
Germanwatch
Global Catholic Climate Movement
Global Citizens Initiative
Greenpeace International
Grupo de Financiamiento Climatico America Latina y el Caribe
Heinrich Boll Foundation
Leave it in the Ground Initiative
Market Forces
Nepal Federation of Indigenous Nationalities
NGO Coalition for Environment, Nigeria
Oil Change International
SONIA for a Just New World
Stop Mad Mining Network
SustainUS
Tebtebba (Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education)
Tree Adoption Uganda
WWF International

ANNEX 1

Brief vom 22. Juni 2015 von Client Earth, Carbon Tracker Initiative, Carbon Disclosure Project und dem Climate Disclosure Standards Board an das UK Financial Reporting Council Conduct Committee¹⁷

¹⁷ <http://documents.clientearth.org/wp-content/uploads/library/2015-06-24-en-coll-dcooke-letter-with-carbon-tracker-to-financial-reporting-council.pdf>;

FAO: The Conduct Committee
Financial Reporting Council
8th Floor
125 London Wall
London
EC2Y 5AS

22 June 2015

Dear Sirs

Climate change disclosures of companies in the oil and gas, and coal sectors

1. ClientEarth¹, The Carbon Tracker Initiative², CDSB³ and CDP⁴ are submitting this letter to the Financial Reporting Council (“FRC”) as we believe many companies in the oil and gas and coal sectors (referred to in this letter as “fossil fuel companies”) are not satisfying existing mandatory reporting requirements by failing adequately to report on climate risk (as defined below).
2. As the independent regulator responsible for promoting high-quality corporate governance and reporting to foster investment, the FRC has been authorised by the Secretary of State for the Department of Business Innovation and Skills (BIS) to exercise functions with a view to ensuring that company accounts and financial and other reports comply with the law and relevant reporting requirements.
3. As we explain more fully below, climate change and its associated policy and technology responses present material risks for fossil fuel companies (we refer to these risks in this letter as “climate risk”) – but very few companies adequately address these risks in their corporate reports. It is vital that this information is disclosed to investors so that they can make informed investment decisions about the companies they invest in and engage in effective stewardship with those companies where appropriate.
4. This letter is structured as follows:
 - **Section 1** provides an overview of the climate risks that today’s fossil fuel companies face.
 - **Section 2** sets out the applicable law and guidance relevant to the reporting of climate risk by fossil fuel companies, and demonstrates that these existing mandatory reporting requirements require fossil fuel companies to disclose climate risk.

¹ ClientEarth is a leading environmental law NGO with offices in London, Brussels and Warsaw. We are lawyers who use the law as a tool for tackling key environmental challenges such as climate change. <http://www.clientearth.org/>

² Carbon Tracker Initiative is a financial think-tank that analyses the long-term financial risks to public companies from the transition to a low carbon economy. <http://www.carbontracker.org/>

³ CDSB is an international consortium of business and environmental NGOs committed to advancing and aligning the global mainstream corporate reporting model to equate climate change-related and environmental information with financial capital by offering companies a framework for reporting these with the same rigour. www.cdsb.net

⁴ CDP is an international NGO that provides the only global environmental disclosure platform for companies to report climate change and greenhouse gas emissions information to investors and other stakeholders. CDP acts on behalf of 822 institutional investors with assets of US\$95 trillion. www.cdp.net

- **Section 3** concludes by urging the FRC to exercise its functions to ensure corporate reports from fossil fuel companies satisfy the levels of disclosure required by law.

Section 1 – Climate risks facing fossil fuel companies

Meeting the required carbon budget will impact fossil fuel companies

5. In recent years, climate change policy experts and finance professionals have become increasingly focused on the need to limit fossil fuel emissions according to a “carbon budget”. At the same time, internationally recognised norms have coalesced around the goal of preventing warming beyond 2°C above pre-industrial levels.
6. The carbon budget associated with this goal limits society to burning one fifth to one third of existing fossil fuel reserves and resources – this will result in drastically reduced demand for fossil fuels and knock-on price impacts.
7. The risk to fossil fuel companies from climate change is that preventing warming of more than 2°C above pre-industrial levels will cause declines in the demand for, and price of, their commodities, impacting cash flows and margins and jeopardising returns on the highest cost projects.
8. The pressure to prevent the most dangerous effects of climate change will severely impact fossil fuel companies business because fossil fuel combustion is the primary source of anthropogenic greenhouse gas (“GHG”) emissions. This pressure is evident from the direction of travel of climate change legislation and policy at all levels of government, globally, and the development and deployment of new low-carbon technology renewables and lower-cost energy sources.

Direction of travel of climate change legislation and policy

9. First, the direction of travel of climate change legislation and policy is clear; the world is acting to limit the most dangerous effects of climate change, defined by scientists and policy-makers as warming beyond 2°C above pre-industrial levels. At the international level, this limit is encapsulated in the non-binding Cancun Agreement, agreed to by 193 countries⁵. The most recent Conference of the Parties held in Lima under the United Nations Framework Convention on Climate Change submitted a decision document draft recognising the need for net-zero emissions by 2050 (or 2100 at the latest).⁶
10. All around the world, countries are tracking their progress in reducing carbon-intensive energy demand in accordance with the 2°C goal. In October 2014, the European Union agreed to a binding emissions reduction target of 40% below 1990 levels by 2030, with an ultimate goal of achieving sufficient reductions by 2050 to meet Europe’s pro rata share of emissions reductions necessary to limit warming to 2°C.⁷ Roughly a month later, the United States and China, the two largest global emitters of GHGs, pledged additional

⁵ Report of the Conference of the Parties on its sixteenth session, held in Cancun from 29 November to 10 December 2010 <http://unfccc.int/resource/docs/2010/cop16/eng/07a01.pdf>. Notably, since the goal is to prevent *dangerous climate change*, the Cancun Agreement recognises the emerging scientific evidence that the limit might have to be reduced to 1.5°C above pre-industrial levels.

⁶ <http://unfccc.int/resource/docs/2014/cop20/eng/10a01.pdf#page=2>

⁷ http://ec.europa.eu/clima/policies/2030/index_en.htm

emissions reductions. The United States announced an economy-wide target of reducing its emissions by 26%-28% below its 2005 level in 2025, while China targeted a peaking of emissions in 2030 and an increase in non-fossil fuel use in primary energy consumption to 20% by 2030.⁸ The agreement was “mindful of the temperature goal of 2°C”⁹.

11. The 2°C limit has already been recognised in national laws. In the UK, the Climate Change Act 2008 sets the target for reducing UK GHG emissions to 80% below 1990 levels – a level based upon an assessment of the UK’s pro rata share of emissions reductions necessary to limit warming to 2°C.¹⁰
12. Sub-national governments have also recognised the 2°C goal. New York State has established a climate action plan that aims to reduce the State’s GHG emissions by 80% from 1990 levels by 2050,¹¹ based largely on scientifically-vetted pathways to the 2°C goal.¹² The State of California has developed a de-carbonisation pathway to meet similar goals within its borders; California’s Governor has recently increased its emissions reduction target to 40% reduction from 2005 emission levels by 2030 in order to put the State on a path to achieving a ratable share of emissions reductions necessary to limit warming to 2°C.
13. Even utilities have recognised the trend and the reductions necessary to avert dangerous warming. Germany’s largest utility, EON, announced a \$5.6 billion write-down of its fossil fuel holdings, and will pursue a renewables-only strategy in the core business.¹³ In the US, NRG Energy recently announced a plan to reduce carbon dioxide emissions by 90% by 2050, a transformation approximating to its ratable share of emissions reductions necessary to limit warming to 2°C.¹⁴

Development and deployment of new low-carbon technology renewables and lower-cost energy sources

14. The impetus to prevent dangerous warming is not limited to governmental or private commitments to cut emissions. A significant further trend is the growth in the increasingly competitive renewables market. Recent research from major investment banks indicates that the combination of falling costs for solar PV and battery storage, the increasing competitiveness of electric vehicles, and the rising costs of electricity supply are making the use of home solar systems with fully-electric vehicles increasingly competitive, with forecasted payback periods of between 6-8 years by 2020.¹⁵ Bernstein research forecasts that solar plus battery storage is or will become cheaper than retail energy

⁸ <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/11/11/us-china-joint-announcement-climate-change>

⁹ <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/11/11/us-china-joint-announcement-climate-change>

¹⁰ <http://www.theccc.org.uk/2008/12/01/ccc-recommends-a-minimum-34-cut-in-greenhouse-gas-emissions-by-2020-1st-december-2008/>

¹¹ <http://www.dec.ny.gov/energy/44992.html>

¹² http://www.dec.ny.gov/docs/administration_pdf/irchap2.pdf

¹³ Tino Andresen, “EON Banks on Renewables in Split from Conventional Power,”

<http://www.bloomberg.com/news/2014-11-30/eon-banks-on-renewables-with-plan-to-spin-off-conventional-power.html>

¹⁴ <http://www.njspotlight.com/stories/14/11/20/nrg-sets-ambitious-target-of-90-cut-in-greenhouse-gas-emissions-by-2050/>

¹⁵ See e.g., <http://energydesk.greenpeace.org/2015/04/27/comment-the-solar-storage-energy-revolution-is-arriving/> (citing reports by Deloitte, HSBC, Citigroup, Deutsche Bank and Barclays)

supply in a number of large markets by 2018.¹⁶ These transformations increase the probability that countries will meet their emissions targets; given the gravity of overshooting those targets, fossil fuel companies need to consider the how those targets will affect their business.

Financial materiality for fossil fuel companies

15. A 2°C limit would have material consequences for the use of fossil fuels. Relying on scientific estimates of climate sensitivity to various emissions pathways, Carbon Tracker's 2011 report concluded that, to have an 80% chance of limiting warming to 2°C, no more than 20% of existing fossil fuel reserves and resources could be burned.¹⁷ That conclusion is broadly consistent with analysis from the International Energy Agency and the Intergovernmental Panel on Climate Change.¹⁸ In 2013, Carbon Tracker stress-tested the findings of its 2011 report and showed that even using a higher 3°C limit and lower probabilities of success still left excess fossil fuel reserves and resources.¹⁹ A recent study from University College London concluded that, to have a mere 50% chance of meeting the 2°C goal, as much as one third of oil reserves, half of gas reserves, and over 80% of current coal reserves should remain unused through 2050.²⁰
16. The above studies make clear that business as usual for fossil fuels is incompatible with a 2°C limit. This mismatch is most critical with respect to company investment decisions – in a carbon-constrained world the highest cost projects will not be needed. In 2014, Carbon Tracker cross-referenced the volume of oil and coal needed in a carbon-constrained world with the estimated cost of potential future projects, identifying over \$1.2 trillion in potential capital expenditure through 2025 that would be uneconomic in a carbon-constrained world.²¹ Carbon Tracker's 2014 survey of CDP disclosures by fossil fuel companies found that while the majority (99%) recognize climate-related regulation as a risk, only a minority apply this knowledge in their risk management measures through 2°C scenario analysis and project stress testing and none, so far, have revealed the results of their 2°C scenario analysis and stress testing.
17. In addition, any carbon-constrained world would likely have knock-on impacts on commodity prices. Research by HSBC suggests that the greatest effects on fossil fuel companies stem not from declines in demand, but from declines in commodity prices -

¹⁶ <http://blogs.barrons.com/techtraderdaily/2015/04/08/solar-will-triumph-by-2018-breaking-the-subsidy-dependence-says-bernstein/>

¹⁷ James Leaton, *Unburnable Carbon - Are the world's financial markets carrying a carbon bubble?* at 6 (2011). Carbon Tracker's carbon budget was grounded in peer-reviewed scientific literature on emissions and warming pathways. See Malte Meinhausen *et al.*, "Greenhouse-gas emission targets for limiting global warming to 2°C," 458 *Nature* 1158 (2009).

¹⁸ A comparison of the IEA, IPCC and Carbon Tracker carbon budgets is available at: <http://carbontracker.org/wp-content/uploads/2014/08/Carbon-budget-checklist-FINAL-1.pdf>.

¹⁹ Even in a world where carbon constraints are relaxed to provide a mere 50% chance of limiting warming to 3°C above pre-industrial temperatures, all existing reserves and resources still cannot be burned. Carbon Tracker, *Unburnable Carbon 2013: Wasted Capital and Stranded Assets*, <http://www.carbontracker.org/wp-content/uploads/2014/09/Unburnable-Carbon-2-Web-Version.pdf>

²⁰ McGlade and Ekins, 517 *Nature* 187, Letter "The geographical distribution of fossil fuels unused when limiting global warming to 2C," Jan., 8 2015.

²¹ By uneconomic, we mean that, over their useful lives, the projects are unable to generate cash flows sufficient to cover an internal rate of return for shareholders.

potentially up to 40-60% of company market cap in a 2°C scenario.²² The recent dramatic price declines in oil and gas markets show how even minor mismatches of supply and demand can cause drastic re-pricing.

Section 2 – Relevant legal reporting requirements

18. Section 414A Companies Act 2006 (“CA 2006”) has introduced a new requirement for companies incorporated in the UK to prepare (in addition to its annual directors’ report) a strategic report for each financial year. This requirement came into effect on 1st October 2013.
19. This letter addresses three components of the strategic report that are relevant to the reporting of climate risk by fossil fuel companies:
- main trends and factors likely to affect future development, performance and position (quoted companies);
 - description of principal risks and uncertainties (all companies);
 - information about environmental matters, social, community and human rights issues (quoted companies).

The FRC has provided guidance on the content of the strategic report in its June 2014 “Guidance on the Strategic Report” (the “FRC’s Guidance”) which provides further explanation in relation to each of these components.

20. This letter also addresses the overall purpose of the strategic report, namely to inform members of the company and help them assess how the directors have performed their duties under S172 CA 2006.
21. Recognising that there is variability in corporate reporting, many fossil fuel companies are not satisfying mandatory reporting requirements by failing adequately to report (some or all) of the components of the strategic report outlined in Paragraph 19 above.

Main trends and factors likely to affect future development, performance and position (quoted companies)

22. For quoted companies, the strategic report must “to the extent necessary for an understanding of the development, performance or position of the company’s business, include the main trends and factors likely to affect the future development, performance and position of the company’s business” (S414C(7)(a) CA 2006).
23. The FRC’s Guidance²³ on this provision explains that trends and factors affecting the business may arise either a result of the external environment in which the entity operates or from internal sources. The FRC’s Guidance states that the strategic report should cover “significant features of its external environment (e.g. the legal, regulatory, macro-economic and social environment) and how those influence the business”.

²² Spedding et al., “Oil and Carbon Revisited: Value at risk from ‘unburnable’ reserves,” available at: [https://stateinnovation.org/uploads/asset/asset file/1499/Oil and carbon revisited.pdf](https://stateinnovation.org/uploads/asset/asset%20file/1499/Oil%20and%20carbon%20revisited.pdf)

²³ Paragraphs 7.17 to 7.22.

24. The FRC's Guidance also provides that the strategic report should set out "the directors' analysis of the potential effect of the trends or factors identified on the development, performance, position or future prospects of the entity."
25. As Section 1 of this letter demonstrates, climate risk is a main trend or factor which is likely to affect the future development, performance and position of every UK incorporated fossil fuel company because it will cause declines in the demand for, and price of, their commodities. This will impact cash flows and margins and jeopardise returns on the highest cost projects. In view of the long timeframe for investment decisions of fossil fuel companies, this trend should be considered by fossil fuel companies now. Accordingly, every UK incorporated fossil fuel company should be addressing climate risk in their strategic report, in accordance with S414C(7)(a) CA 2006.

Description of principal risks and uncertainties (all companies)

26. For all companies, the strategic report must contain "a description of the principal risks and uncertainties facing the company" (S414C(2)(b) CA 2006).
27. The FRC's Guidance²⁴ on this provision provides that "[d]irectors should consider the full range of business risks, including those that are financial in nature and those that are non-financial ... A risk or uncertainty may be unique to the entity, a matter that is relevant to the market in which it operates, or something that applies to the business environment more generally. Where the risk or uncertainty is more generic, the description should make clear how it might affect the entity specifically."
28. The FRC's Guidance further provides that "[a]n explanation of how the principal risks and uncertainties are managed or mitigated should also be included to enable shareholders to assess the impact on the future prospects of the entity."
29. As Section 1 of this letter demonstrates, climate change is principal risk and uncertainty facing every UK incorporated fossil fuel company and should therefore be addressed in the strategic reports of all UK incorporated fossil fuel companies pursuant to S414C(2)(b) CA 2006.
30. Whilst the FRC's Guidance states that "the risks and uncertainties included in the strategic report should be limited to those **considered by the entity's management to be material** to the development performance, position or future prospects of the entity", climate risks are material to every fossil fuel company and therefore it would be appropriate for the FRC to scrutinise all fossil fuel companies on this basis.

Information about environmental matters (quoted companies)

31. For quoted companies, the strategic report must also include (to the extent necessary for an understanding of the development performance or position of the company's business) "(i) information about environmental matters (including the impact of the company's business on the environment) ... and (iii) social, community and human rights

²⁴ Paragraphs 7.24 to 7.28.

issues, including information about any policies of the company in relation to those matters and the effectiveness of those policies” (S414C(7)(b) CA 2006).

32. The FRC’s Guidance²⁵ explains that “[t]here can be a strong relationship between the development, performance, position or future prospects of an entity and some or all of [these] matters ..., particularly over the longer term. This may be because a particular matter gives rise to a principal risk or uncertainty or because the entity has gained a competitive advantage from its policies and responses to such matters. The relative importance of the matters will depend on the sector in which the entity operates and its strategy and business model.”
33. The FRC’s Guidance goes on to state that “the strategic report should include information on a matter described [in S414C(7)(b)] when its influence, or potential influence, on the development, performance, position or future prospects of the entity’s business is material to shareholders”, and “Information on any of the matters described ... that is not considered necessary for an understanding of the development, performance, position or future prospects of the entity’s business should not be included in the strategic report. Where the directors wish to put this information in the public domain, it should be located outside the strategic report, for example in a separate sustainability or corporate social responsibility report which could be located online.”
34. As set out in Section 1 of this letter, climate change is a material environmental matter, as well as a social, community and human rights issue, that is necessary for an understanding of the development, performance and position of every fossil fuel company and should therefore be reported in the strategic report in accordance with S414C(7)(b) CA 2006 (and not simply addressed in a separate sustainability or corporate social responsibility report).

The purpose of the strategic report

35. When companies disclose the specific content requirements outlined above, it should be borne in mind that S414C(1) CA 2006 provides that “the purpose of the strategic report is to inform members of the company and help them assess how the directors have performed their duties under section 172”.
36. S172 CA 2006 requires a director to act in the way he considers, in good faith, would be most likely to promote the success of the company for the benefit of its members as a whole, and in doing so have regard (amongst other matters) to:
 - the likely consequences of any decision in the long term;
 - the impact of the company’s operations on the community and the environment; and
 - the desirability of the company maintaining a reputation for high standards of business conduct.

If fossil fuel companies do not report adequately on climate risk in their strategic reports, this prevents company members from being able to properly assess whether the directors have complied with their duty under S172 CA 2006.

²⁵ Paragraphs 7.30 to 7.37.

Compliance with UK Corporate Governance Code (listed companies)

37. In addition to the context provided above as to the purpose of the strategic report, reporting requirements for fossil fuel companies are becoming more comprehensive.
38. For quoted companies with a premium listing, Rule 9.8.6 of the Listing Rules requires a statement in the annual financial report indicating how the company applies the principles of The UK Corporate Governance Code (the “Code”). For reporting periods beginning on or after 1 October 2014, the Code contains additional reporting requirements which will impact on climate change disclosures from quoted companies with a premium listing.
39. Paragraph C.2.1. of the Code requires the directors of relevant companies to confirm in the annual report that they have carried out a robust assessment of the principal risks facing the company, including those that would threaten its business model, future performance, solvency or liquidity. The directors should describe those risks and explain how they are managed or mitigated. Furthermore, Paragraph C.2.2 states the directors should explain in the annual report how they have assessed the company’s prospects, over what period they have done so and why they consider that period to be appropriate.

Section 3 – FRC’s exercise of statutory function

40. We believe that many fossil fuel companies are not satisfying these mandatory reporting requirements by failing to adequately report on climate risk.
41. Other regulators have already begun to take steps to assess and address systemic climate risks. For example Mark Carney, Governor of the Bank of England, recently indicated in a letter to the Environmental Audit Committee that the Bank was “deepening and widening” its enquiry into financial stability risks from carbon assets becoming “stranded” in a low-carbon scenario²⁶ and the Prudential Regulation Authority (“PRA”) is preparing a Climate Change Adaptation Report with a target date for completion of July 2015 on (1) the impact of climate change on the PRA’s objectives (with a focus on insurance) and (2) the role of insurance regulation in supporting adaptation to climate change.²⁷ In addition, the G20 has asked the Financial Stability Board to conduct an inquiry into the financial risks flowing from efforts to reduce emissions.²⁸
42. With a view to ensuring that company reporting complies with the law and relevant reporting requirements, we urge the FRC to develop a strategy to ensure that reports from fossil fuel companies satisfy the level of disclosure required by law in relation to trends likely to affect a company’s business, and risks and uncertainties associated with climate change. CDSB’s newly launched “Framework for reporting environmental information and natural capital” sets out an approach for reporting financial information which may assist FRC consider how companies should respond to these reporting requirements.

ClientEarth, The Carbon Tracker Initiative, CDSB and CDP would welcome the opportunity to engage in additional dialogue with FRC in relation to the contents of this

²⁶ <http://www.ft.com/cms/s/0/189f21d8-7737-11e4-a082-00144feabdc0.html#axzz3asfUJkxS>

²⁷ <http://www.bankofengland.co.uk/pru/Documents/about/pruletter020614.pdf>

²⁸ <http://www.telegraph.co.uk/finance/11563768/G20-to-probe-carbon-bubble-risk-to-global-financial-system.html>

letter and would like to offer assistance to the FRC in developing an appropriate strategy to ensure climate change considerations are effectively dealt with in reports from fossil fuel companies.

Yours faithfully,

Alice Garton
Company and Financial Project Leader
ClientEarth



David Cooke
Lawyer, Climate Litigation
ClientEarth



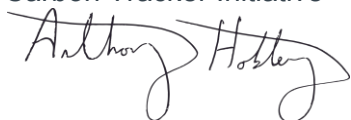
Mark Campanale
Founder and Executive Director
Carbon Tracker Initiative



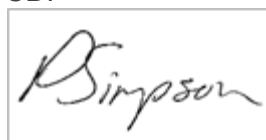
Robert Schuwerk
Senior Counsel
Carbon Tracker Initiative



Anthony Hobley
Chief Executive Officer
Carbon Tracker Initiative



Paul Simpson
CEO
CDP



Lois Guthrie
Founding Director
CDSB

